

*1.) Mieten und Wohnen - auch rund um den Alexanderplatz ist bezahlbarer Wohnraum immer schwieriger zu finden. Und das obwohl die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft WBM hier viele Wohnungen vermietet und darüber hinaus auch Milieuschutzgebiete existieren.*

*Welche Instrumente soll die Berliner SPD euren Vorstellungen nach in Zukunft politisch vorantreiben, um dem Problem von immer weiter steigenden Mieten und knappen bezahlbaren Wohnraum angemessen begegnen zu können?*

Es ist mittlerweile klar, dass es nicht die eine Lösung gibt, die das Angebot an bezahlbarem Wohnraum sofort erhöht. Angesichts der sich immer weiter verschärfenden Situation müssen wir feststellen: Unsere Bemühungen reichen nicht aus. Hunderttausende Mieten in Berlin verstoßen gegen die Mietpreisbremse. Ohne Wissen über die Mietverträge der Vormieter:innen und genug Geld für einen Rechtsanwalt, kommen hunderttausende Berliner:innen tagtäglich nicht zu ihrem Recht. Wir brauchen einen starken Staat, um geltendes Recht durchzusetzen. Berlin braucht eine Mietenpolizei.

Gemeinsam mit Expert:innen aus Partei, Fraktion, Regierung und Expert:innen aus den Mieterverbänden und Jurist:innen möchten wir einen Vorschlag entwickeln, wie die Bezirke und der Senat trotz der zivilrechtlichen Natur der Mietpreisbremse eine stärkere Kontrolle gewährleisten und das Berliner Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum durchsetzen können. Auch wollen wir Leitlinien für einen neuen Mietendeckel. Sofern die Öffnungsklausel kommt, müssen wir als Partei vorbereitet sein. Außerdem wollen wir den Vorschlag einer progressiven Steuer auf hohe Mieten mit neuem Leben füllen und somit mehr Mittel für den bezahlbaren Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sichern. Ebenso möchten wir zu mehr Kreativität bei Flächenpotentialen ermuntern, z.B. ein Berliner Programm für Werkwohnungen starten, indem wir ungenutzte Industrieflächen in Stadtrandlagen nutzen, um dringend benötigten Wohnraum für Fachkräfte und Arbeitnehmer:innen in der nachhaltigen Produktion zu schaffen. Aktuell stehen über eine Million Quadratmeter Büroflächen leer. Mit einer Umwandlungsoffensive wollen wir weiteren bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auch beim Dachgeschossausbau und Flachdächern, mit neuen Stadtquartieren am Stadtrand sehen wir noch nicht ausgeschöpfte Potentiale vorhanden.

*2.) Mobilität und Verkehr*

*Der Alexanderplatz ist verkehrstechnisch sehr gut angebunden. Für uns als SPD Alexanderplatz stellt sich seit langem aber darüber hinaus die Frage, wie die Sicherheit*

*von Fahrradfahrenden und zu Fuß gehenden verbessert werden kann. Immer noch gibt es zu viele Unfälle, in denen die schwächsten Verkehrsteilnehmenden verwickelt sind. Außerdem ist für uns die Frage der Feinstaubbelastung wichtig. Vor allem an großen Verkehrsachsen wie der Torstraße und Karl-Liebknecht-Straße leben viele Menschen, für die eine saubere Umwelt und eine gute Luftqualität genau so wichtig sind wie für Menschen in grünen Außenbezirken.*

*Wie soll die Berliner SPD sich zukünftig aufstellen, um auch hier eine bessere Politik machen zu können?*

Gerade auch am Alexanderplatz sollten Mobilität, Sicherheit, Umwelt und lebenswerte Architektur als Leitlinien in der Stadt- und Verkehrsplanung mitgedacht werden - stets mit den Bedürfnissen der Menschen im Mittelpunkt. Wir brauchen in der Innenstadt bessere Querungsangebote und mehr Barrierefreiheit. Z.B. sollten sich Ampelphasen mehr an den Bedarf von Fußgänger:innen orientieren. Aber auch abgesenkte Bordstein und bauliche Sicherungen wie Vorstreckungen können die Sicherheit stärken. Der Erfolg an der Karl-Marx-Allee zeigt: Mehr Verkehrssicherheit schafft sichere Radinfrastruktur (z.B. farbliche Markierung, bauliche Trennung, räumliche Entflechtung).

Schaffen wir es zudem, perspektivisch den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, schaffen wir auch mehr Sicherheit für Verkehrsteilnehmerin und zugleich bessere Luft zum Atmen. Dafür möchten wir den Dreiklang "Vermeiden, Verlagern, Verbessern" in den Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik stellen. Feinstaub ist bspw. nicht nur Abgas, sondern auch Abrieb von Reifen und Bremse. Dem Dreiklang folgend wäre unser Ziel weniger Verkehrsstress bei mindestens gleichhoher Mobilität: mehr ÖPNV, mehr Sharingangebote, mehr E-Mobilität. Ebenso helfen könnten Maßnahmen wie Radbügel, Lieferzonen für Wirtschaftsverkehre tagsüber und Standorte für Sharingangebote, um die Blockade von Geh- und Radwegen abzubauen. Auch am Beispiel Alexanderplatz kann man Flächengerechtigkeit verfolgen: Wir können Verkehrsflächen so verteilen, dass sie den tatsächlichen Nutzungszahlen nach Mobilitätsarten angleichen. Wir sollten auch in Mitte partiell entsiegeln, um die Aufenthaltsqualität zu steigern, aber auch als Filterfunktion für Lärm und Emission und als Beitrag zu besserer Versickerung und weniger Aufheizung.

### *3.) Kampf gegen Rechtsextremismus/ Stärkung der Demokratie*

*Als Ortsverein, in dessen Gebiet, viele Orte sind, die an die grausame Herrschaft der Nationalsozialisten erinnern, fühlen wir eine große Verantwortung für die Verteidigung unserer Demokratie und für einen starken Einsatz im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Zivilgesellschaft hier ist stark und lebendig. Es finden aber auch bei uns im Abteilungsgebiet besonders viele rechtsextreme Aufmärsche und*

*Versammlungen statt, aus denen u.a. Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit propagiert wird. Darüber hinaus leben viele Mitglieder zweier jüdischer Gemeinden in direkter Nachbarschaft. Wie kann eurer Vorstellung nach die Zivilgesellschaft weiter gestärkt werden und wo genau soll der Rechtsstaat robuster gegen Feinde der Demokratie vorgehen?*

Landesweit wollen rechtsextreme Kräfte unseren sozialen und demokratischen Staat zerschlagen. Zum Glück ist die Zivilgesellschaft selbst heute laut auf der Straße für unsere Demokratie. Die Erfahrungen durch die Demos, die dunkle Nazi-Vergangenheit unseres Landes, unsere eigene Parteigeschichte, unsere familiäre Herkunft – aus all dem ergibt sich für uns ein klarer Auftrag: Wir werden die wehrhafte Demokratie mit Leben füllen und wollen uns als Landesvorsitzende dafür einsetzen, dass das AfD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht schnellstmöglich eingeleitet wird. Als Staat sollten wir Demokratiearbeit und Mittel zur politischen Bildung stärken, beispielsweise durch räumliche Angebote für die Vernetzungs- und Bündnisarbeit zivilgesellschaftlicher Demokratiebewegungen. Gleichzeitig müssen wir selbst besser werden. Dafür schlagen wir ein Mobilisierungsteam des Landesverbandes für Anti-Nazi-Protteste vor, das Genoss:innen in der Breite unserer Partei für Aktionen und Protteste gewinnt und bereits bestehende Aktivitäten unterstützt. Wir müssen uns gerade jetzt noch entschiedener an die Seite marginalisierter Gruppen stellen und gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Diskriminierung von Menschen mit Behinderung aufstehen. Wir müssen Politik machen, die den Menschen wieder den Glauben daran zurückgibt, dass Demokratie auch komplexe Probleme lösen und ihre Leben verbessern kann. Nicht zuletzt, auch um der Hetze von rechts entgegenzuwirken, sollten wir auf humanitäre und kluge Integrationspolitik setzen aber auch auf einen Staat, der robust Gewalt und Ausgrenzung bekämpft.